



Von alten und neuen Eliten

Die ukrainischen Parteien vor den Parlamentswahlen

INA KIRSCH VAN DE WATER

Oktober 2014

- Im Vorfeld der vorgezogenen Parlamentswahlen am 26. Oktober haben alle ukrainischen Parteien Maidan-Aktivisten, investigative Journalisten und Kommandeure von Freiwilligenbataillonen auf herausgehobene Positionen ihrer Parteilisten gesetzt. Das zukünftige Parlament wird somit aus vielen Neulingen des politischen Geschäfts bestehen. Zu erwarten ist damit eine noch größere Unberechenbarkeit und Radikalisierung im Stimmverhalten der Fraktionen.
- Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Dabei findet eine inhaltlich-programmatische Auseinandersetzung über dringend notwendige Reformen kaum statt. Auch über die Zukunft des Donbass und eine rationale Politik in Bezug auf Russland wird wenig diskutiert. Im Vordergrund stehen die persönlichen »politische Projekte« der Spitzenpolitiker. Insofern ist der Versuch einer Verortung der Parteien nach dem aus dem Westen bekannten Rechts-Links-Schema wenig zielführend.
- Die Parteien befinden sich in einem Überbietungswettlauf in Richtung »Härte zeigen« und Populismus. Der favorisierte präsidentennahe »Block Petro Poroshenko« ist insgesamt noch der gemäßigte, trotz mancher ungeschickter Auftritte seines Spitzenkandidaten Vitali Klichko. Bedenkt man, dass es nach ukrainischer Tradition dem Präsidenten wohl gelingen wird, nach der Wahl viele der als »Unabhängige« antretenden Direktkandidaten für seine Politik zu gewinnen, dürfte Poroshenko sein Ziel erreichen, sich eine breite parlamentarische Basis zu verschaffen.

Einleitung

Was haben die Anführer des Maidan, Schlachtfeld-Kommandeure, Berufspolitiker und investigative Journalisten gemein? Sie sind allesamt Kandidaten bei den ukrainischen Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014. Waren es bei früheren Wahlen bekannte Künstler, Sänger und Sportler, so haben diese jetzt den Feldkommandeuren und anderen Kriegshelden auf dem Stimmzettel Platz gemacht.

Das All-Star Line-Up mag sich zwar günstig auf die Wahlbeteiligung auswirken, aber die fehlende politische Professionalität der vor allem über die Parteilisten in das Parlament einziehenden Abgeordneten gibt Grund zur Besorgnis. In der kurzen Geschichte der unabhängigen Ukraine wurde das Parlament meist mehr von Populismus als durch Realpolitik geprägt, haben persönliche Interessen über dem Wohl des Landes gestanden. Dieser Trend könnte sich mit dem neu zu wählenden Parlament verfestigen.

Die Besonderheit dieser Wahl ist jedoch, dass die Wählerstimmen von der Krim weitestgehend wegfallen und auch nur in der Hälfte aller Wahlkreise des Donbass gewählt werden kann, weil der Rest durch die Separatisten kontrolliert wird. Dennoch haben alle Ukrainer im Prinzip das Recht, ihre Stimme anderswo abzugeben. Ob aber die auf der Krim verbliebenen Ukrainer und die Flüchtlinge aus dem Donbass in großer Zahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen werden, muss bezweifelt werden. Bereits bei den Präsidentschaftswahlen war die Wahlbeteiligung der aus diesen Regionen stammenden Wähler deutlich geringer als im Landesdurchschnitt. Die Möglichkeit, das Wahlrecht auszuüben, ist aber selbst im Ausland gegeben. In Russland eröffnet die Ukraine in sechs Konsulaten Stimmbüros, in Moskau, Rostov am Don, St. Petersburg, Nizhny Novgorod, Yekaterinburg und Novosibirsk.

Die politischen Unterschiede zwischen den vermutlich erfolgreichsten Parteien sind marginal. Es gibt nur geringe Differenzen bei der Wahl der Mittel zur Beendigung des Krieges in der Ostukraine, der Umsetzung des Lustrationsgesetzes (der vollständige Ausschluss von Politikern und hohen Beamten aus der Yanukovych-Zeit) und der Durchsetzung radikaler Wirtschaftsreformen. Themen wie die Rolle der russischen Sprache und die Integri-

on in die EU werden nicht debattiert, denn es herrscht ein klarer und insoweit einheitlicher »Mainstream«: Keine der führenden Parteien fordert einen Sonderstatus für die russische Sprache, und praktisch alle Parteien sprechen sich für eine forcierte EU-Integration und die NATO-Mitgliedschaft aus.

Grundlagen des Wahlrechts

Die divergierenden Interessen im bisherigen Parlament haben verhindert, dass das Wahlgesetz geändert wurde. Während die (ehemaligen) Abgeordneten der »Partei der Regionen« auf der Beibehaltung des Mischsystems und der Absenkung der Fünfprozenthürde bestanden, wollte die Fraktion »Batkivshchyna« (Vaterland) von Yulia Tymoshenko die Abschaffung der Direktwahlkreise durchsetzen. Präsident Petro Poroshenko und die mit ihm verbündete »UDAR«-Fraktion Vitali Klichkos wiederum waren an der offiziellen Zulassung von Wahlblöcken interessiert. Da keine gütliche Einigung möglich war, hat Poroshenko zusammen mit den Fraktionen von »UDAR« und »Svoboda« (Freiheit) entschieden, die (Übergangs-) Regierungskoalition aufzukündigen, um so vorgezogene Neuwahlen zu erreichen. Daher werden die Wahlen nun, wie bereits die letzten Parlamentswahlen 2012, auf einem sogenannten gemischten Wahlrecht beruhen – eine Hälfte der Abgeordneten zieht über Parteilisten ins Parlament ein, die andere über Direktwahlkreise, jedoch ohne dass eine Verrechnung zwischen beiden Komponenten stattfindet. Entsprechend einer Entscheidung des Verfassungsgerichts dürfen als Ausdruck des Gleichheitsgebots Listenkandidaten nicht gleichzeitig Direktkandidaten sein. Für Parteien gilt eine Fünfprozenthürde.

Nach der Annexion der Krim durch Russland werden allerdings nur 213 statt der verfassungsgemäßen 225 Abgeordnete in den Direktwahlkreisen gewählt. Die zwölf Mandate für die Krim werden nicht besetzt, im Parlament für die Berechnung der Mehrheit aber mitgezählt, so dass diese auch weiterhin bei 226 Stimmen liegen wird. Inwieweit wegen des bewaffneten Konflikts in den östlichen Teilen der Ukraine auch in anderen Wahlkreisen Direktkandidaten nicht gewählt werden können, ist derzeit noch unklar. Die Zentrale Wahlkommission registriert zwar auch Direktwahlkandidaten für die durch die Separatisten kontrollierten Wahlkreise in Donetsk und Luhansk, es wird aber davon ausgegangen,

dass in nur 15 von 32 Wahlkreisen der Region gewählt werden kann.

Um das rechtliche Problem des Verbots der Bildung von Wahlblöcken bzw. Listenvereinigungen zu umgehen, wurden zahlreiche neue »Parteien« gegründet, die sich aus den Mitgliedern bestehender Parteien zusammensetzen. Diese müssen ihre Mitgliedschaft in ihren (Ursprungs-)Parteien aber ruhen lassen. Bis auf »Batkivshchyna«, die Kommunistische Partei der Ukraine und »Svoboda« sind die anderen Listen daher eher als heterogene Zusammenschlüsse von Parteien, Gruppierungen und Individuen zu betrachten.

Insgesamt bewerben sich 3487 Kandidaten um die 213 Direktmandate, wobei 1401 von Parteien aufgestellt wurden und 2086 sich als unabhängige Kandidaten zur Wahl stellen.

Jede der Parteien musste bei der Zentralen Wahlkommission eine Einlage von einer Million Hrywnja (ca. 60000 Euro) hinterlegen, jeder Direktkandidat 10000 Hrywnja (ca. 600 Euro). Diesen Betrag erhalten nur jene Parteien und Direktkandidaten zurück, die in das Parlament einziehen. Eine Wahlkampfkostenrückerstattung gibt es nicht. Die Zentrale Wahlkommission nutzt diese Einlagen, um einen Teil der ihr entstehenden Kosten (für die Durchführung der Wahlen, Veröffentlichungen, Sendezeit für Wahlwerbung) zu decken.

Die aussichtsreichsten Parteien

In der Ukraine sind Umfragen zum Wählerverhalten Mittel und Teil des Wahlkampfs.¹ Sie haben daher beschränkte Aussagekraft und kommen in der Regel dem vom Auftraggeber erwünschten Ergebnis entgegen. Derzeit sieht es so aus, als könnten vier bis sieben Parteien über die Listenwahl den Einzug ins Parlament schaffen, deutlich mehr, als noch Anfang Oktober prognostiziert wurde. Da sich aber alle Parteien bis auf den »Block Petro Poroshenko (BPP)« und die »Radikale Partei« von Oleh Lyashko rund um die Fünfprozenthürde bewegen, gibt es aufgrund der hohen Fehlertoleranz keine eindeutigen Vorhersagen.

Nach Umfragen in der ersten Oktoberhälfte² wird der BPP mit 33,5 Prozent stärkste Partei und könnte mit zwischen 88 und 126 Mandate über die Parteiliste rechnen, abhängig von der Anzahl der Parteien, die den Sprung über die Fünfprozenthürde schaffen werden. Sollten am Ende doch nur vier Parteien ins Parlament einziehen, könnte der BPP sogar mit einer absoluten Mehrheit der über Parteilisten vergebenen Sitze rechnen. Oleh Lyashkos Gruppierung kommt auf 12,8 Prozent. Die »Volksfront« von Premierminister Arseniy Yatseniuk überholt in den Umfragen mit 8,9 Prozent »Batkivshchyna« von Tymoshenko, die nur noch auf 6,9 Prozent kommt. Deutlich hinzugewonnen haben in den vergangenen Wochen die Parteien, die dem Osten der Ukraine zuzurechnen sind, wozu die Partei »Silna Ukraina« (Starke Ukraine) von Serhiy Tihipko (7,8 Prozent), der erst vor einem Monat gegründete »Oppositionsblock« (5,1 Prozent) und die Kommunistische Partei (4,5 Prozent) gehören. »Hromadianska Pozytsia« (Volksmeinung) von Ex-Verteidigungsminister Anatolij Hrytsenko kommt nur noch auf 4,6 Prozent, die Rechtsaußen-Partei »Svoboda« auf 3,9 Prozent und der »Rechte Sektor« auf nur 1,7 Prozent. Sie werden damit die Fünfprozenthürde voraussichtlich nicht schaffen. Auch die Partei »Samopomich« (Selbsthilfe) des Bürgermeisters von Lemberg, Andriy Sadovyi, könnte unter Umständen einen unerwarteten Achtungserfolg erringen, da sie die einzige Kraft ist, die auf Vertreter der bisherigen nationalen politischen Elite verzichtet und von der niedrigen Wahlbeteiligung in der Ostukraine profitieren wird (5,4 Prozent). In der Tendenz verliert der BPP wöchentlich ca. 0,5 Prozent, und auch »Batkivshchyna« büßt zugunsten der »Volksfront« von Premierminister Yatseniuk Prozentpunkte ein.

Das Wahlergebnis wird entscheidend von der Wahlbeteiligung abhängen. Diese wird im Westen und im Zentrum voraussichtlich bis zu 90 Prozent betragen, während im Donbass bereits jetzt fast die Hälfte der Wähler entschlossen ist, nicht zu wählen. Ähnlich verhält es sich in den anderen östlichen Regionen des Landes. Die Wähler im Osten des Landes fühlen sich politisch nicht vertreten.

In allen Regionen ist der BPP stärkste Partei, im Donbass ist er gleichauf mit der Partei von Tihipko und dem Oppositionsblock und liegt bei ca. zehn Prozent.

1. Aktuelle Umfragen finden sich unter http://ukraine-elections.com.ua/socopros/parlamentskie_vybory

2. Umfrage der auch im Osten der Ukraine aktiven Rating Group <http://www.ratinggroup.com.ua/en/products/politic/data/entry/14106/>

Ehemals der regierenden »Partei der Regionen« nahestehende Politiker haben erst sehr spät entschieden, als »Oppositionsblock« zu kandidieren. Der »Oppositionsblock« könnte neben der Partei von Serhiy Tihipko und eventuell der Kommunistischen Partei ins Parlament einziehen und dort eine, wenn politisch auch nicht entscheidende, Rolle spielen.

Mit der Ausnahme Präsident Poroshenkos (51 Prozent Glaubwürdigkeit) hält die ukrainische Bevölkerung den Umfragen zufolge alle Politiker für eher bis sehr unglaubwürdig. Als Hauptprobleme sehen die zur Wahl entschlossenen Wähler die Lösung des Konflikts im Donbass (35 Prozent), die Durchführung wirtschaftlicher Reformen (21 Prozent) und weniger soziale Fragen (elf Prozent) und Energiesicherheit (drei Prozent). Während der Osten der Ukraine die Verbesserung der Beziehungen zu Russland als wichtig erachtet (24 Prozent), wünschen sich die Wähler in der Westukraine eine Intensivierung der Beziehungen zum Westen (23 Prozent). Auch in sozialen Fragen (West acht Prozent, Donbass 32 Prozent) und der Wichtigkeit der Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes (West 33 Prozent, Donbass sechs Prozent) ist das Land gespalten. Die Frage der Krim spielt mit sechs Prozent landesweit nur eine untergeordnete Rolle.

»Block Petro Poroshenko« (BPP)

Die Zentrale Wahlkommission hat 193 Kandidaten auf der Parteiliste des »Block Petro Poroshenko« registriert. Diese wurde nach der Quote 70/30 (Poroshenko-Leute/UDAR) aufgeteilt. Damit ist das Parteiprojekt »UDAR« von Vitali Klichko zumindest vorläufig vollständig im Wahlbündnis von Petro Poroshenko aufgegangen und als selbständige politische Kraft Geschichte. Inwieweit das auch die Frage der Mitgliedschaft von »UDAR« in der Europäischen Volkspartei berührt, ist bisher nicht ersichtlich. Listenführer ist der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klichko, was auf die Absprachen zwischen Klichko und Poroshenko vor den Präsidentschaftswahlen zurückzuführen ist, als Klichko zugunsten des jetzigen Präsidenten seine Kandidatur zurückzog. Klichko hat als Bürgermeister in Kiew auch aufgrund des dortigen Missmanagements erheblich an Zustimmung verloren. Nach zahlreichen missglückten Wahlkampfauftritten, die ihm erheblichen Spott eingebracht haben, spielt er

inzwischen im Wahlkampf keine Rolle mehr. Seine in Berlin geäußerte Forderung, eine Mauer an der Grenze zu Russland zu bauen, trifft im Gegensatz zum Ausland in der Ukraine auf positiven Widerhall. Auf dem zweiten Listenplatz steht der ehemalige Innenminister aus der Zeit von Präsident Kuchma und der Regierung Tymoschenko, Yuriy Lutsenko, der ein ehemaliges Mitglied der ukrainischen Sozialistischen Partei ist. Lutsenko hat jetzt die Funktion eines Präsidentenberaters und Vorsitzenden der Partei BPP inne und vertritt den BPP inzwischen öffentlich als Spitzenkandidat.

Auf den darauffolgenden Plätzen finden sich die als Organisatorin des medizinischen Dienstes des Maidan bekannte Ärztin und Beraterin des Präsidenten Olha Bohomolets, der derzeit für die Regionalentwicklung zuständige stellvertretende Ministerpräsident Volodymyr Hroisman (diesem werden gute Chancen auf den Posten des zukünftigen Premierministers eingeräumt) und der Führer der Krimtataren, Mustafa Dzhemilev. Ihm folgt der Armeeleutnant Yuliy Mamchur. Zu erwähnen ist außerdem, dass nach Lage der Umfragen die Maidan-Aktivistin Svitlana Salishchuk, der Enthüllungsjournalist der »Ukrainiska Pravda«, Serhiy Leshchenko (beide sind miteinander verheiratet und werden gemeinsam ins Parlament einziehen), sowie Mustafa Nayem (Initiator des Maidan, Journalist der »Ukrainiska Pravda«) auf vorderen Plätzen über die Liste des BPP ins Parlament einziehen werden.

Die Aktivisten des Maidan kandidieren auf allen Listen, die nicht der »Partei der Regionen« oder den Kommunisten zuzuordnen sind. Sie haben erklärt, dies zu tun, weil sie nicht über die organisatorische und vor allem finanzielle Stärke verfügen, als eigene Kraft zu kandidieren. Nach den Wahlen möchten sie sich in einer außerfraktionellen Gruppe zusammenschließen, um dann ihr Programm voranzutreiben. Nayem hat bereits erklärt, auf Vergütungen aus dem Fraktionshaushalt für Anwesenheit und Abstimmungen verzichten zu wollen, gleichzeitig aber auch darauf hingewiesen, von den 6000 Hrywnja (360 Euro), die ein Abgeordneter monatlich als Vergütung erhält, in Kiew nicht leben zu können. Wie sich die Gruppe zu finanzieren gedenkt, hat er offengelassen, fordert aber eine in der ukrainischen Öffentlichkeit kaum durchsetzbare staatliche Parteienfinanzierung. Bereits jetzt hat Nayem eine überparteilich agierende Gruppe von 13 Kandidaten versammelt,

zumeist Maidan-Aktivistinnen und Journalisten, die über die Medien Druck auf die verschiedenen Parteiführer ausüben, um die von ihnen gewünschten Kandidaten durchzusetzen.

Es gibt gut recherchierte Belege dafür, dass insbesondere mithilfe der o.g. 30-Prozent-Quote von »UDAR« ehemalige und politisch unterdessen heimatlos gewordene Abgeordnete der »Partei der Regionen« oder deren Vertraute ebenso in die neue »Rada« einziehen werden wie politische Interessenvertreter der Oligarchen Ihor Kolomoiskyi und Viktor Pinchuk. Dies muss nicht immer in direkter Form über die BPP-Liste geschehen, denn in Ausnutzung der Wahlrechtsbesonderheiten sind ca. ein Dutzend Fälle belegt, in denen der BPP absichtlich so schwache Direktkandidaten aufgestellt hat, dass die als unabhängige Gegenkandidaten aufgestellten ehemaligen Funktionsträger der »Partei der Regionen« gewählt werden dürften. Auf diese Weise werden Gefolgsleute des ehemaligen Leiters der Yanukovych-Präsidialadministration, Serhiy Lyovochkin, es ebenso in die neue »Rada« schaffen wie Vertraute der Oligarchen Kolomoiskyi (seit dem Februar auch Gouverneur von Dnipropetrovsk) und Pinchuk.

Etwas transparenter ist der BPP mit »Svoboda« umgegangen. Vermutlich als Vergütung für die bewiesene Loyalität, als es um die Auflösung des Parlaments ging, wurden hier klare Absprachen getroffen. In den Wahlkreisen, in denen »Svoboda« bei den vergangenen Wahlen Direktmandate geholt hat, verzichtet der BPP auf eigene Kandidaten. Damit sichert die präsidentennahe Partei zumindest indirekt die künftige parlamentarische Vertretung dieser im Westen der Ukraine verankerten rechtsnational-rechtsextremen Partei, denn deren Verbleib oberhalb der Fünfprozenthürde innerhalb der per Listenwahl zu vergebenen Plätze ist – wie oben gezeigt – keineswegs sicher. Ebenso deutlich ist die Absprache mit der »Volksfront« von Ministerpräsident Yatseniuk, in deren erfolgversprechendsten Wahlkreisen der BPP entweder keine oder sehr schwache Kandidaten aufgestellt hat, damit die Kandidaten der »Volksfront« ins Parlament einziehen können.

Interessant an diesem Vorgehen ist, dass diese Art der »Organisation« des Wahlergebnisses derjenigen stark ähnelt, die die »Partei der Regionen« bei den letzten Parlamentswahlen 2012 angewandt hat. Präsident Poro-

shenko wird daher, wie sein Vorgänger Yanukovych zuvor, aller Voraussicht nach seine parlamentarische Mehrheit letztlich mithilfe der direkt gewählten Abgeordneten sichern. Die Direktkandidaten werden also auch künftig eine systemstabilisierende Rolle spielen. Denn jeder einzelne Abgeordnete mit einem Direktmandat fühlt sich zunächst seinen eigenen Interessen verpflichtet und ist daher für politische Angebote seitens des Präsidenten empfänglich. Da dieses Mal zudem über die Parteilisten vor allem politisch unerfahrene, teilweise radikale und populistische Kräfte ins Parlament einziehen werden, könnten gerade die direkt gewählten Abgeordneten den für den Gesetzgebungsprozess erforderlichen Sachverstand mitbringen.

Ein weiterer Trend aus der Zeit der Regierung der »Partei der Regionen«, Familienmitglieder von Politikern ins Parlament einziehen zu lassen, wird sich nicht zuletzt mit dem ältesten Sohn von Petro Poroshenko, Olexiy, der den Wahlkreis des Vaters übernimmt, fortsetzen, obwohl dies ein sehr deutlicher Kritikpunkt an der Politik der »Partei der Regionen« war.

Aus Sicht des Präsidenten mussten die Wahlen zum Parlament zum jetzigen Zeitpunkt und damit relativ schnell nach seiner eigenen Wahl im Mai stattfinden; sein großer Amtsbonus ist noch vorhanden, und die bitteren wirtschaftlichen und sozialen Einschnitte, die der Ukraine bevorstehen, sind durch die langen Sommerferien noch nicht in vollem Ausmaß spürbar. Wenn die Lage in der Ostukraine nicht erneut eskaliert, wird der große Vorsprung in den Umfragen voraussichtlich auch dank Poroshenkos erfahrenem Wahlkampfteam bis zu den Wahlen erhalten bleiben.

»Radikale Partei« von Oleh Lyashko

Als bei den Parlamentswahlen 2012 der ehemalige Journalist Oleh Lyashko zum ersten Mal kandidierte, wurde er eher als seltsamer »Politclown« wahrgenommen. Das Parlament nutzte er oft als Tribüne für PR-Aktionen wie zum Beispiel das Essen heimischer Erde vor laufenden Kameras. Nach fast einhelliger Auffassung der ukrainischen Beobachter wurden er bzw. seine »Radikale Partei« von Serhiy Lyovochkin, dem Leiter des Präsidialamts unter Yanukovych, als künstliches »politisches Projekt« geschaffen, um in der West- und Zentralukraine Stim-

men von Yulia Tymoshenko und ihrer »Vaterland«-Partei abzuziehen. Sein völlig undifferenziert gegen die politische Elite gerichteter massiver Populismus sowie seine Präsenz in vor allem ländlichen Gebieten der Ukraine und im Kriegsgebiet der Ostukraine bei den Freiwilligenbataillonen beschere Lyashko inzwischen eine große Popularität. Schon bei den Präsidentschaftswahlen hat er mit über acht Prozent der Stimmen und Platz drei ein überraschend gutes Ergebnis erzielt. Anscheinend konnte er diese Position durch umstrittene, aber medial perfekt inszenierte Auftritte ausbauen. So verhörte er höchstpersönlich in schwarzer Montur Kriegsgegner in der Ostukraine. Die inzwischen massiv vor allem von Ihor Kolomoiskyi geführte Medienkampagne gegen die »Radikale Partei«, die Lyashko im Privatjet zeigt, lässt die Umfragewerte allmählich zugunsten von »Svoboda«, der »Hromadianska Pozytsia« von Hrytsenko und der »Volksfront« absinken.

Dennoch kann Lyashkos »Radikale Partei« noch immer als zweitstärkste Kraft mit einer Fraktion von bis zu 50 Abgeordneten rechnen. In der Zusammensetzung der Liste lassen sich deutlich die Verbindungen zu Lyovochkin und dem Ex-Geheimdienstchef und Unternehmer Valeriy Khoroshkovskiy nachweisen, der allerdings selbst auf Platz zwei der Liste von Serhiy Tihpko kandidiert. Auf den ersten zehn Plätzen, die als Aushängeschild der »Radikalen Partei« genutzt werden, finden sich neben Oleh Lyashko die Kommandeure der im Osten der Ukraine aktiven Freiwilligenbataillone Aydar, Luhansk-1 und Azov (Serhiy Melnychuk, Artem Vitko, Ihor Krivoruchko), denen rechtsextremes Gedankengut vorgeworfen wird. Bereits auf Platz sechs findet sich Ihor Popov, der ehemals Erste stellvertretende Leiter der nationalen Agentur für den Staatsdienst, ein Vertrauter von Serhiy Lyovochkin. Weiter hinten finden sich u.a. der Sportler Denis Silantiev und der Unternehmer Oleksandr Yurakov, die sich ebenfalls zweifelsfrei politisch Lyovochkin zuordnen lassen. Neben weiteren Vertretern der Wirtschaftselite stehen auf der Liste auch Vertreter des Maidan, wie der Rechtsanwalt der »Automaidan«-Bewegung, Viktor Smalyi. Es bleibt daher abzuwarten, wie die einstigen politischen Gegner in einer Fraktion zusammenarbeiten werden, oder ob es nach den Wahlen sehr schnell zur Abspaltung neuer Fraktionen oder Gruppierungen aus der »Radikalen Partei« heraus kommen wird.

Partei der »Hromadianska Pozytsia« (Volksmeinung) von Anatolij Hrytsenko

Der ehemalige Verteidigungsminister der Yushchenko/Tymoshenko-Regierung, Anatolij Hrytsenko, hat es geschafft, die auf dem Maidan bekannt gewordene Bewegung »Demokraticnyi Alians« (Demokratische Allianz) in seine bereits vorher bestehende Partei »Hromadianska Pozytsia« zu integrieren und ihr dafür drei Plätze auf seiner Parteiliste abgetreten. Hrytsenko wird landläufig als der »Oleh Lyashko für Intellektuelle« bezeichnet. Ebenso wie dieser konnte Hrytsenko bei den Präsidentschaftswahlen überzeugen, mit einem unerwarteten vierten Platz und einem persönlichen Wahlergebnis, das, übertragen auf die Parlamentswahl, knapp zur Überquerung der Fünfprozenthürde reichen würde. Damit hat er sich nach außen hin politisch erfolgreich von Tymoshenkos »Vaterlandspartei«, deren Fraktion er bis zum 14. Januar 2014 angehört hatte, emanzipiert und als eigenständige Kraft etabliert.

Nach Hrytsenko steht auf dem zweiten Listenplatz der Vorsitzende der »Demokratischen Allianz«, Vasyl Gatsko. Ebenso finden sich auf den ersten Plätzen das Mitglied des Obersten Rates der Justiz, Maryna Soloveva, und Vertreter von gesellschaftlichen Organisationen zur Korruptionsbekämpfung, wie der bekannte Anti-Korruptions-Aktivist Vitaliy Shabunin, sowie Abgeordnete aus regionalen Parlamenten. Inhaltlich steht die »Volksmeinung« für den Versuch einer Synthese von deklaratorisch pro-westlichem Kurs, den Forderungen des Maidan und einem stark nationalpopulistisch durchsetzten Grundton, der sich aber im Gegensatz zu Lyashkos Partei nicht in Aktionismus ergeht und sich eher an städtische, gebildete Wählerschichten richtet. Die Partei kann aufgrund ihrer Geschichte als letztes Zerfallsprodukt von politischer Relevanz der Gruppierung »Nasha Ukraine« (Unsere Ukraine) des ehemaligen Präsidenten Viktor Yushchenko gelten.

»Narodnyi Front« (Volksfront, NF)

Die neue Partei »Volksfront« ist eine politische Notlösung, denn zuvor hatte ihr politischer Führer, Ministerpräsident Arseniy Yatseniuk, in Verhandlungen sowohl mit Präsident Poroshenko als auch mit Yulia Tymoshenko, deren Stellvertreter und faktischer »Vaterland«-Par-

teivorsitzender er während der Zeit ihrer Inhaftierung war, zu hoch gepokert: Seine Forderung gegenüber beiden war die Zusage, nach den Wahlen Ministerpräsident bleiben zu können sowie 50 Prozent der Listenplätze für seine Gefolgsleute zugesichert zu bekommen, und dies, obwohl er selbst zu Beginn seiner Regierungszeit von einer auf kurze Zeit angelegten »Kamikaze-Regierung« gesprochen hatte. Aus der Not heraus wurde deshalb innerhalb weniger Tage die »Volksfront« gegründet, in Anlehnung an den Namen der früheren Partei von Yatseniuk, »Front Zmin« (Front des Wechsels), die er für die Übernahme der Führungsposition in »Batktivshchyna« (Vaterland) aufgegeben hatte.

Yatseniuk hatte bereits 2009 bei der Gründung der »Front Zmin« die Farben Khaki und Camouflage-Poster benutzt. Auch jetzt setzen er und seine Gefolgsleute in der NF optisch wie rhetorisch in ihrem Wahlkampf wieder auf Kriegssymbolik. Unter dem Motto »den Frieden wird uns niemand schenken, für den Frieden muss man kämpfen« und dem Branding, »die Partei des Maidan« zu sein, haben Yatseniuk (Premierminister), Oleksandr Turchynov (Parlamentsvorsitzender), Arsen Avakov (Innenminister) und Andriy Parubiy (Kommandeur des Maidan und ehemaliger Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats) es geschafft, die Kommandeure einiger Freiwilligenbataillone für sich zu gewinnen. Alle vier verdanken ihre politischen Positionen ursprünglich Yulia Tymoschenko, wollen jetzt aber nicht abermals in ihrem Schatten stehen.

Für eine enge politische Verbindung zu Ihor Kolomoiskyi, Gouverneur von Dnipropetrovsk und einer der reichsten Männer der Ukraine, gibt es zahlreiche Indizien. Zum einen erhält Yatseniuk offenkundig mediale Unterstützung durch das Medienimperium von Kolomoiskyi. Zweitens hat Yatseniuk sowohl die Rückzahlung von Schulden von Kolomoiskyi beim ukrainischen Gasversorger NAFTOGAZ in Millionenhöhe ohne Angabe von Gründen ausgesetzt als auch am 12. September die Bereitstellung von 100 Millionen Hrywnja (ca. 5,5 Millionen Euro) für Kolomoiskyis Idee, zwischen der Ukraine und Russland eine 2000 Kilometer lange Mauer nach dem Vorbild Israels/Palästinas zu bauen, durch die Regierung beschließen lassen.

Die Aufnahme von zahlreichen Kommandeuren von Freiwilligenbataillonen und Leitern der »Antiterror-

Operation« gegen die ostukrainischen Separatisten auf sichere Listenplätze geben der »Volksfront« ein klares militärisches Profil, das auf merkwürdige Weise mit dem persönlichen Profil des stets zivil auftretenden, sich als Wirtschaftsexperte profilierenden Yatseniuk in Kontrast steht. Der Wahlkampf der Volksfront beschränkt sich auf die Proklamierung und Unterstützung des bewaffneten Widerstands gegen die »russische Aggression«. Dies scheint laut Umfragen beim Wähler anzukommen, denn vor der Beteiligung der Kommandeure der Freiwilligenbataillone lag die Volksfront, trotz ihrer zahlreichen Regierungsmitglieder, in Umfragen bei maximal 3,7 Prozent. Inzwischen sehen mehrere Umfragen sie bereits die Fünfprozenthürde passieren.

Auffällig ist schließlich die Besetzung des ursprünglich für den Parlamentsvorsitzenden Turchynov vorgesehenen zweiten Platzes mit der Maidan-Aktivistin Tetiana Chornovol. Bemerkenswert ist dies insofern, als sie erst vor einigen Wochen mit der öffentlich vorgetragenen Begründung einer persönlich von Yatseniuk verantworteten »ineffizienten Politik« von ihrem Amt als Koordinatorin der Antikorruptionspolitik zurückgetreten war.

Derzeit bemüht sich Yatseniuk, Präsident Poroshenko bereits vor den Wahlen zu einer Koalitionsaussage zu bewegen, jedoch bisher ohne Erfolg. Poroshenko selbst hatte nämlich im Vorfeld der Wahlen zu verstehen gegeben, dass er gegen jeden politisch vorgehen werde, der eine Front innerhalb der Regierung aufbauen würde, weil dies gegen die ukrainischen Interessen sei. Die »Volksfront« hat eben diese innere Spaltung innerhalb des Regierungslagers nun aber aus persönlichen Machtüberlegungen heraus herbeigeführt. Daher ist davon auszugehen, dass sich die Positionen des BPP und der »Volksfront« im Wahlkampf rhetorisch trotz punktueller Kooperation – wie im Fall der Absprachen bei aussichtsreichen Direktkandidaten der »Volksfront« – weiter voneinander entfernen werden.

Yatseniuk gilt gemeinhin (und nicht erst seit den Äußerungen Victoria Nulands vom Jahresbeginn 2014³) als »Mann der USA« in der Ukraine. Man muss konstatieren, dass sich seine Parteineugründung in den letzten Wochen immer mehr als »Hardliner« präsentiert, wäh-

3. In diesem Telefonat mit US-Botschafter Pyatt in Kiew fiel das inzwischen berühmt gewordene »Fuck the EU!« an. Inhaltlich ging es seinerzeit um die Frage, welcher der auf dem Maidan vertretenen Parteipolitiker der vertrauenswürdigste und fähigste sei.

rend sich der »Block Petro Poroshenko« bzw. der Präsident selbst gemäßigter zeigen und sich ernsthaft um eine Konfliktlösung in der Ostukraine bemühen.

»Batkivshchyna« (Vaterland) von Yulia Tymoshenko

Nachdem Yatseniuk sich zusammen mit einem Großteil der »Batkivshchyna«-Führungsmannschaft von Tymoshenko losgesagt hatte, gingen viele Analysten auch vom Ende ihrer Partei aus. Die Umfragen belegen aber inzwischen das Gegenteil. Die Stammwählerschaft ist Tymoshenko treu geblieben, der Stimmenverlust gegenüber der Zeit vor der Abspaltung der Yatseniuk-Mannschaft beläuft sich auf maximal ein Prozent. Dies bedeutet, dass Yulia Tymoshenko voraussichtlich auch dem nächsten Parlament angehören und sie persönlich eine Konstante in der ukrainischen Politik bleiben wird.

Die Liste von »Batkivshchyna« wird von der in Russland im Zuge der Kampfhandlungen in der Ostukraine inhaftierten Kampfpilotin Nadiya Savchenko angeführt, Yulia Tymoshenko ist auf Platz zwei. Mit diesem überraschenden Schritt versucht Tymoshenko das Problem zu kompensieren, dass weder sie selbst noch ihre direkte Umgebung eine aktive Beteiligung an der Antiterroroperation vorweisen kann, und sie daher im Gegensatz zu den politischen Mitbewerbern auch keine militärischen »Helden« in ihren Reihen hat. Da dies jedoch in der politischen Wahrnehmung als unabdingbar scheint, um in der Bevölkerung als patriotisch und nicht als Verräter an der Ukraine zu gelten, musste dieser Coup her. Ansonsten versucht Tymoshenko sich darin, die politischen Mitbewerber durch nationalistisch-populistische Sprüche zu überholen und bedient sich dabei einer zuweilen schrillen Tonlage.

Unter den Top Ten der Parteiliste befinden sich das Mitglied des Kiewer Stadtrats und Bürgerrechtsaktivist, Ihor Lutsenko, der Abgeordnete Serhiy Soboliev und die Rechtsanwältin Olena Shkrum, der Unternehmer Ivchenko sowie der ehemalige Vize-Ministerpräsident Hryhoriy Nemyria. Viele der Führungsplätze wurden mit eher unbekanntenen Personen besetzt, da Tymoshenko in den vergangenen Monaten, auch aufgrund der Spaltungsprozesse in der Partei, »die Reihen gesäubert« und die Zusammensetzung der Parteiliste durch »neue Gesich-

ter« (übrigens eine der politischen Kernforderungen des Maidans) verändert hat.

Hinsichtlich einer künftigen NATO- und EU-Mitgliedschaft fordert Tymoshenkos Partei die Durchführung von Referenden, wobei sie eindeutig für beide Integrationsziele eintritt. Hinsichtlich der NATO steht dies im Widerspruch zum geltenden ukrainischen Recht, das einen »blockfreien« Status des Landes vorsieht. Politisch praktisch gleichlautende Forderungen sind in diesem Wahlkampf von Seiten der »Volksfront« zu hören, was nochmals verdeutlicht, dass es sich bei Yatseniuks Abspaltung nicht um einen inhaltlich begründeten Prozess handelt.

»Silna Ukraina« (Starke Ukraine) von Serhiy Tihipko

Nach der Entscheidung der »Partei der Regionen«, an den Parlamentswahlen nicht teilzunehmen, kämpften die von Serhiy Tihipko wiedergegründete Partei »Silna Ukraina« und der »Oppositionsblock« um die verbliebene Stammwählerschaft der »Partei der Regionen«. Tihipko hat noch im Februar 2014 nach der Flucht Yanukovychs begonnen, seine Eigenständigkeit durch die Kandidatur als Unabhängiger bei den Präsidentschaftswahlen zu unterstreichen, weswegen er aus der »Partei der Regionen« ausgeschlossen wurde. Tihipko ist ein erfolgreicher Unternehmer und betrachtet seine politischen Aktivitäten als »Investitionen«, die eine entsprechende Rendite abzuwerfen haben. Für die Vereinigung seiner alten Partei mit der »Partei der Regionen« 2012 soll er seinerzeit gut entschädigt worden sein.

Nachdem die Reste der »Partei der Regionen« beschlossen hatten, nicht zu kandidieren, und der neu gegründete »Oppositionsblock« Tihipko zwar den Spitzenplatz, aber nicht weitere 50 Prozent der Listenplätze überlassen wollte, hat dieser beschlossen, es mit seiner Partei als unabhängige, neue Reformkraft und als »Friedenspartei« im Osten der Ukraine zu versuchen. Wie zuvor die »Partei der Regionen« stützt er sich zum einen auf die Unternehmer als treibende Kraft der Realpolitik, und zum andern auf Populismus. Da die »Partei der Regionen« als Partei nicht kandidiert, gibt es eine gute Chance, dass Tihipko als Sammelbecken der abstimmenden Ostukrainer die Fünfprozenthürde überwindet. Bemerkenswert ist, dass auf Platz zwei der Liste der ehema-

lige erste Vizepremier und Leiter des Geheimdienstes SBU, Valeriy Khoroshkowskyi, kandidiert, der 2012 ins Ausland geflohen war und erst vor einigen Wochen zurückgekehrt ist. Khoroshkowskyi musste 2012 sein Medienimperium, darunter den wichtigsten Fernsehsender INTER, an Dmytro Firtash und Sergey Loyovochkin verkaufen.

Die Listenplätze haben entsprechend ihren parteiinternen Quoten Tihipko und die Oligarchen Pinchuk und Kolomoiskyi untereinander verteilt und mit weiteren Unternehmern aufgefüllt. Präsident Poroshenko kommt diese Liste sehr entgegen, da er einerseits im Parlament eine kompromissbereite Opposition braucht, andererseits auf das Engagement der Unternehmer im Osten des Landes angewiesen ist und sie politisch an sich gebunden wissen möchte. Letztendlich handelt es sich im Prinzip um ein ähnliches Verfahren wie zu Yanukovych-Zeiten, nur dass jetzt die Listenplätze durch Gefolgsleute von Kolomoiskyi und Pinchuk besetzt werden, und nicht mehr durch Firtashes und Akhmetovs Leute.

»Opozitsijnyi Blok« (Oppositionsblock)

Hinter diesem Namen verbergen sich Förderer der »Partei der Regionen«, die gern auch weiterhin politisch in Kiew mitbestimmen wollen. An erster Stelle ist dabei Serhiy Lyovochkin zu nennen, der seine neu gegründete Partei »Partia Rozvitku« (Entwicklung) in den »Oppositionsblock« einbringt und – neben der Investition in Oleh Lyashko und die BPP – sich verschiedene Optionen offenhält. Da der »Oppositionsblock« aber erst im letzten Moment, einige Tage vor Ablauf der Registrierungsfrist bei der Zentralen Wahlkommission, gegründet wurde, gibt es ein großes Problem mit dem Bekanntheitsgrad des Führungspersonals.

Zu den Gründen, warum sich Lyovochkin (und als zweiter »Big Player« der Oligarch Dmytro Firtash) entschieden haben, diesen Schritt auch ohne die Reste der »Partei der Regionen« zu gehen, gibt es mehrere Erklärungen. Einerseits ist das Projekt ein längerfristiges und orientiert sich bereits auf zukünftige Wahlen. Andererseits wollen insbesondere Firtash und Akhmetov eine weitere Ausdehnung der politischen und wirtschaftlichen Einflussphäre von Kolomoiskyi verhindern und eine Gegenmacht aufbauen. Sollte Tihipkos »Starke Ukraine«

den Einzug ins Parlament nicht schaffen, so wird sich der Einfluss von Kolomoiskyi auf die Direktkandidaten aus seiner Heimatregion Dnipropetrovsk, aus Odessa und die von ihm auf anderen Listen kontrollierten Plätze beschränken. Sollte die Partei hingegen ins Parlament einziehen, so könnte Kolomoiskyi zukünftig die Rolle des »Paten« im Parlament, die bisher Akhmetov innehatte, übernehmen und über mehr als 50 Abgeordnete in der Verkhovna Rada verfügen.

Auf der Liste des »Oppositionsblock« treten auch die Zentrums-Partei von Vadym Rabynovych (jüdische Gemeinschaft), die ehemalige Sozialministerin Natalia Korolevska und einige andere Kleinstparteien an. Die Liste wird von Yuriy Boyko, ehemaliger Energieminister und Vize-Premier unter Mykola Azarov, angeführt, auf den Plätzen danach folgen Oleksandr Vilkul (Kryvyi Rih), Mykhailo Dobkin (Kharkiv) und weitere bekannte Politiker der ehemaligen »Partei der Regionen«.

Programmatisch unterscheidet sich die Partei von den anderen durch die Forderung nach der Einstellung der Kampfhandlungen sowie dem ausdrücklichen Wunsch nach auch künftiger militärischer Neutralität. Sie unterstützt die Separatisten nicht und will die Einheit der Ukraine erhalten, sucht jedoch den Ausgleich mit Russland.

Partei der Regionen

Die »Partei der Regionen« hat sich in den vergangenen Monaten auf ihre ursprünglichen Kerngebiete im Donbass sowie in Charkiw, Kirowohrad und Odessa zurückgezogen. Dieser Schrumpfungsprozess war absehbar und nach der gescheiterten Politik von Yanukovych notwendig. Was jedoch überrascht, ist das vollständige Wegbrechen organisatorischer und koordinierender Strukturen. Finanziell wird die »Partei der Regionen« im Wesentlichen noch immer von Rinat Akhmetov und Vadim Novinskyi und weiteren in deren Schatten stehenden Unternehmern getragen. Realisten unter den politischen Beobachtern in der Ukraine sehen die Notwendigkeit einer politischen Vertretung der Interessen dieser Regionen sowie der dort lebenden Menschen und ortsansässigen Unternehmen. Teilweise kann der »Block Petro Poroshenko« dieses auffangen, teilweise Tihipkos Partei, aber der Donbass bleibt letztendlich künftig ohne jegliche Vertretung durch eine dort regional veranker-

te politische Partei. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten im Osten der Ukraine haben bisher noch nicht die Persönlichkeit gefunden, die die auch von Poroschenko erwünschte und notwendige Funktion eines regionalen Koordinators übernimmt und einerseits Partner für den Präsidenten in Kiew und die Unternehmer in der Region ist, aber andererseits auch Akzeptanz in Moskau und bei den Separatisten findet.

Vieles spricht für die These, dass Russland seinen Einfluss auf Akhmetov und Novinskyi geltend gemacht hat und diese deshalb im letzten Moment darauf verzichteten, die Partei ins Rennen zu schicken. Akhmetov und Novinskyi haben ebenso wie andere Unternehmer im Donbass große Teile ihrer Unternehmen und Vermögen verloren und finanzieren die Unternehmenskredite über russische Banken. Sie sind heute mehr denn je auf Handelsbeziehungen mit Russland und eine Unterstützung aus Russland angewiesen, was sie erpressbar macht. Hatte Russland, wie Quellen in Kiew berichten, Akhmetov im April 2014 noch zwei Milliarden US-Dollar für seine Firmen und die Deckung seiner Kredite angeboten und Akhmetov das Angebot nach langwierigen Verhandlungen als unzureichend abgelehnt, so sind seine Firmenwerte inzwischen selbst diesen Betrag nicht mehr wert. Novinskyi, der auf der Krim große Unternehmensteile verloren hat und dessen Bank, der Forumbank, einst drittgrößte Bank der Ukraine, durch die neue ukrainische Regierung die Lizenz entzogen wurde, kämpft ebenfalls um das wirtschaftliche Überleben.

Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)

Am 8. Juli 2014 hat das ukrainische Justizministerium ein Verfahren zum Verbot der Kommunistischen Partei eröffnet. Begründet wurde der Antrag mit dem Angriff auf die Verfassung unter Anwendung von Gewalt, der Verletzung der Souveränität und Einheit der Ukraine, der Verherrlichung von Krieg und Gewalt, dem Provokieren von zwischenethnischen Konflikten, dem Angriff auf die Rechte und Freiheiten der Menschen und dem Aufruf zur Bildung von bewaffneten Gruppierungen. Seither wurde das Verfahren immer wieder vertagt, und das Justizministerium (der aktuelle Minister ist ein Kandidat auf der Liste der »Volksfront«) hat jetzt mit der »Abberufung« des zuständigen Kiewer Gerichts wegen

Untätigkeit gedroht.⁴ Selbst wenn innerukrainisch das umstrittene Verbotsverfahren Erfolg hätte, bliebe der KPU anschließend noch der Weg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, der in seiner bisherigen Rechtsprechung sehr hohe juristische Hürden für wirksame Parteienverbote errichtet hat.

Zwischenzeitlich wurden hinsichtlich der aktuellen kommunistischen Parlamentsfraktion Fakten geschaffen. Sie wurde am 23. Juli 2014, nachdem ein eigens verabschiedetes Gesetz die Schwelle zur Erreichung des Fraktionsstatus' an hob, wegen Nichterreichung der nötigen Abgeordnetenanzahl vom Parlamentspräsidenten Turchynov aufgelöst. Da die Partei aber noch registriert ist, hat die Zentrale Wahlkommission der Ukraine 205 Kandidaten auf der Parteiliste zugelassen. Listenführer ist der Parteivorsitzende Petro Symonenko, gefolgt vom ehemaligen Parlamentsvize Adam Martynyk.

Hauptforderung der Partei ist der Rückzug aller militärischen Verbände der Ukraine aus der Ostukraine, was auch nach Angaben von Symonenko der eigentliche Grund für das Verbotsverfahren ist. Aufgrund der Besetzung der historischen Hochburgen der KPU rund um Luhansk durch die Separatisten, hat die Kommunistische Partei dieses Mal aber kaum Chancen, ins Parlament einzuziehen.

»Svoboda« (Freiheit)

»Svoboda« hat ihren Platz rechts außen im ukrainischen politischen System an Oleh Lyashko abtreten müssen. Zwischen den radikalen Aktionen des »Rechten Sektors« und Oleh Lyashko ist »Svoboda« weitestgehend aus dem Blick der Kiewer Politik verschwunden. Mit der Abberufung des von ihr gestellten Generalstaatsanwalts Oleh Makhnitskiy und den darauf folgenden Korruptionsvorwürfe gegen diesen sind die verbleibenden Regierungspolitiker von »Svoboda« seit Monaten kaum sichtbar.

Auf der Liste von »Svoboda« finden sich hauptsächlich bereits 2012 ins Parlament gewählte Abgeordnete, wie der Parteivorsitzende Oleh Tyahnybok, der Parlamentsvize Koshulinskyi, aber auch der Kommandeur des 22. Motorisierten Bataillons, Oleksiy Mirgorodskyi. Außer-

4. Ein zentrales Verbotsverfahren für Parteien vor dem obersten Gericht gibt es in der Ukraine, anders als in Deutschland mit dem dafür zuständigen Bundesverfassungsgericht, nicht.

dem kandidieren auf der Liste von »Svoboda« der Vizepremier Oleksandr Sych, der Minister für Rohstoffe Andriy Mokhnyk und der Landwirtschaftsminister Ihor Shvaika. Das Potenzial wird sich in der bevorstehenden Wahl im Wesentlichen auf die Hochburgen der Partei in der Westukraine konzentrieren; für die derzeitige Entwicklung der politischen Landschaft in der Ukraine ist die Partei, selbst wenn sie noch über fünf Prozent kommen sollte, wenig relevant, weil sie zur Regierungsbildung aller Voraussicht nach nicht benötigt wird. Dennoch bindet »Svoboda« weiterhin Wähler am rechten Rand, die – gemeinsam mit den Anhängern wohl deutlich stärker werdenden »Radikalen Partei« Lyashkos – eine kritische Masse ergeben. Die Rhetorik der Anhänger jedenfalls nicht mit den EU-Grundwerten vereinbar ist.

Ausblick: Die Rolle der Oligarchen, Russlands und der politischen Neulinge

Einer der Kernvorwürfe der »Euromaidan«-Aktivisten gegenüber der Yanukovych-Regierung war die hemmungslose Auslieferung der Politik an die hinter der damaligen Regierungspartei stehenden Oligarchen. Noch deutlicher als es vorher in der Ukraine der Fall war, profitierten auch der ehemalige Präsident selbst und sein familiäres und befreundetes Umfeld vom Zugriff der Macht auf renditebringende Projekte. Angesichts des hier anhand der jeweiligen Parteien dargestellten weiterhin bestehenden Beziehungsgeflechts von Politik und Oligarchen muss stark bezweifelt werden, dass die Parlamentswahlen 2014 nach einem anderen Muster als dem bereits bekannten verlaufen werden. Weiterhin finanzieren bekannte Unternehmer politische Parteien nicht etwa aus altruistischen Gründen, sondern aufgrund der Hoffnung auf eine direkte finanzielle Gegenleistung oder, um mittels der gewählten Gefolgsleute später für eigene wirtschaftliche Interessen in der »Rada« eine Lobby zu haben. Allerdings hat sich das Machtgefüge eindeutig zugunsten Ihor Kolomoiskyis und zulasten der »Partei der Regionen«-nahen Rinat Akhmetov, Dmytro Firtash und Sergey Lovochkin verschoben.

Russland hat kein Interesse an Wahlen mit einem eindeutigen Ausgang, die etwa zu mehr Stabilität im Osten der Ukraine beitragen würden. Russlands Interesse ist, dass durch die Wahlen möglichst keine politische Vertretung des Donbass (wie es die »Partei der Regionen« war)

zustande kommt. Ohne politische Vertretung von bis zu 20 Prozent der aus dem Osten der Ukraine stammenden Wähler hätte Russland ein international anzuerkennendes, starkes Argument, um die Legitimität der Wahlen anzuzweifeln und die neue Kiewer Regierung und den Präsidenten Poroshenko weiter unter Druck setzen zu können.

Im neuen Parlament wird es aufgrund der »fehlenden« Stimmen von der Krim und aus den von den Separatisten kontrollierten Gebieten fast unmöglich sein, eine verfassungsgebende Mehrheit von 300 Stimmen zusammenzubekommen. Eine Verfassungsänderung ist aber erforderlich, um z.B. den Prozess der Dezentralisierung umzusetzen, wie er zur inneren Befriedung und Aussöhnung auch nach dem Willen Poroshenkos erforderlich ist. Die Radikalisierung des Parlaments durch die Vielzahl der neuen Abgeordneten aus den Freiwilligenbataillonen und den populistischen Parteien von Lyashko und Hrytsenko wird kaum eine außenpolitisch »gemäßigte« Mehrheit im Parlament zustande kommen lassen. Sollte es Poroshenko nicht gelingen, die unterschiedlichen, letztendlich entweder wieder von Oligarchen kontrollierten oder aber von Maidan-Aktivisten gebildeten, sehr heterogenen Gruppen zum gemeinsamen Handeln zu bewegen, dann kann sich das Parlament schnell zum Hort der Opposition zum Präsidenten entwickeln, wie bereits 2007 zwischen Tymoshenko und Yushchenko. Die sozialen und wirtschaftlichen Reformen werden der Bevölkerung viel abverlangen – was Populisten in der Regel nicht mittragen wollen.

Bereits in den 1990er Jahren hat die Ukraine solch eine Periode der Anarchie durchgemacht, als das Parlament eher Schaubühne von Selbstdarstellern als Ort politischer Entscheidungen war. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Ukraine weiter in diese Richtung bewegen wird. Grund dafür ist der fehlende Wille zum Kompromiss, zur gesellschaftlichen Aussöhnung und zu einer Politik der kleinen, aber realistischen Schritte in großen Teilen der amtierenden politischen Elite. Ein Poroshenko allein reicht möglicherweise nicht aus, um das Notwendige umzusetzen.



Über die Autorin

Ina Kirsch van de Water ist Osteuropa-Wissenschaftlerin, langjährige Mitarbeiterin des Europäischen Parlaments und arbeitet heute als freie Unternehmensberaterin.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-7726 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-994-0